

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des
Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung
am 02.10.2018 im Kreisausschusssaal der
Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Winand Jansen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr René Haase	entschuldigt
Herr Detlev von der Heide	unentschuldigt
Herr Detlef Klucke	entschuldigt
Herr Olaf Manthey	
Herr Jörg Niendorf	unentschuldigt
Frau Dr. Irene Pacholik	
Herr Hartmut Rex	
Herr Michael Wolny	

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller	
Herr Peter Wetzell	
Herr Klaus Wigandt	entschuldigt

Verwaltung

Herr Hubert Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes
Herr Karsten Dornquast, Amtsleiter des Amtes für Bildung und Kultur
Frau Birgit Hinze, Sachgebietsleiterin Verkehr im Straßenverkehrsamt
Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Gast

Herr Lutz Leow, Polizeihauptkommissar der Polizeiinspektion Teltow-Fläming

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.09.2018
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen
- 7 Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming
Berichterstatter: Herr Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes
- 8 Information zur Mobilität im südlichen Teil des Landkreises/ÖPNV -
Stellungnahme der Landrätin zur Haushaltsplanung
- 9 Aktuelle Investitionsanmeldung 2019 und Folgejahre
- 10 Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 11 Anfrage von Herrn Wolny zum Baugenehmigungsverfahren

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Damen und Herren der Verwaltung sowie als Gast Herr Leow von der Polizeiinspektion Teltow-Fläming. Gleichzeitig wird von ihm die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Herr Wolny erhebt zwar keine Einwendungen gegen die Tagesordnung, bittet jedoch um nicht öffentliche Behandlung der Thematik „Baugenehmigungsverfahren“ aus den vorangegangenen Sitzungen.

Herr Jansen fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob nach der Behandlung der Tagesordnung die Nichtöffentlichkeit zu diesem Punkt hergestellt werden kann. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Änderung einstimmig zu.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.09.2018

Einwendungen gegen die Niederschrift, die sowohl per E-Mail als auch per Post zugestellt wurde, liegen nicht vor, so dass diese bestätigt wird.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen, da keine Einwohner anwesend sind. Aus diesem Grund erübrigt sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Planfeststellungsverfahren und Baubeginn der EUGAL-Gasleitung

Herr Kammer teilt mit, dass das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe darüber informiert hat, dass das Planfeststellungsverfahren für die Gasverbindungsleitung „EUGAL“ abgeschlossen und ein Planfeststellungsbeschluss ergangen ist. Gleichzeitig ging im Hause eine Baubeginnanzeige ein, aus der zu entnehmen ist, dass für den Landkreis Teltow-Fläming mit einer Bauzeit von ca. 2 ½ Jahren zu rechnen sein wird. Die Bauarbeiten hier betreffen nur die Stadt Baruth/Mark.

Konzept zur Abstufung und Weiterentwicklung des Landesstraßennetzes

Herr Kammer führt weiter aus, dass am 26.09.2018 durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung in Lübbenau die Abstufung und Weiterentwicklung des Landesstraßennetzes veröffentlicht wurde. Von einer Umstufung im Landkreis wären laut Karte (siehe Anlage) die Landesstraßen L 70, L 706, L 711, L 712, L 714, L 715, L 73, L 744, L 771, L 79, L 792, L 793, L 795, L 801 und L 812 betroffen (Karte und Pressemitteilung vom 26.09.2018 als Anlage anbei, auch im Ratsinformationssystem einsehbar).

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herrn Jansen liegt eine schriftliche Anfrage des **Herrn Wolny** zu Teilen der letzten Ausschusssitzung vor, welche bislang noch nicht beantwortet wurde. **Herr Wolny** bittet darum, seine Frage nur unter dem Aspekt stellen zu dürfen, wenn ihm auch eine Antwort zugesichert wird, welches von **Herrn Jansen** bestätigt wird.

Frau Dr. Pacholik stellt eine Anfrage zur Gemeinde Großbeeren, den Ortsteil Diedersdorf betreffend. Neben dem Gelände des Schlosses Diedersdorf befindet sich eine alte Remise. Der Ortsbeirat hat angefragt, ob für die Inbetriebnahme ein Bauantrag und ein Nutzungsänderungsvertrag, überhaupt ein Nutzungsvertrag, an den Landkreis gestellt wurde, denn dieses ist an der Gemeinde vorbeigegangen, zumal die Remise nach ihrem aktuellen Kenntnisstand wieder eine Nutzung erfährt (Kartenauszug wurde übergeben und anbei, auch im Ratsinformationssystem einsehbar).

Herr Jansen erklärt, dass dazu in der heutigen Sitzung keine Stellungnahme seitens der Verwaltung möglich ist. Aus diesem Grund bittet er um Aufnahme dieser Anfrage in das Protokoll. **Herr Grosenick** sichert eine Nachreichung zu.

Herr Manthey bezieht sich auf seine vor geraumer Zeit im Kreistag gestellte Anfrage zu den Anträgen der Stadt Zossen zur Auszeichnung der 30-km/h-Zonen vor Kitas, Schulen und Altersheimen. Da hier noch Fragen offen sind, bittet er um Mitteilung zum Bearbeitungsstand bzw. wieviel noch offen und wann damit zu rechnen ist, dass sich der Landkreis dazu äußert.

Frau Hinze teilt darauf mit, dass ihr eine genaue Anzahl momentan nicht bekannt ist. Es sind jedoch die Fälle offen, in welchen noch Fragen zu klären sind. Als Beispiel führt sie dazu die Grundschule in der Gerichtstraße in Zossen an, bei welcher gleichzeitig ein Antrag auf straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Lärmschutz vorliegt. Beides muss jedoch kombiniert werden. Das Verkehrsschild „Tempo 30“ vor der dortigen Schule wurde noch nicht angeordnet, weil die Entscheidung zum Lärm, die unmittelbar bevorsteht, abgewartet werden soll, um ein unnötiges Aufstellen bzw. Abbauen von Schildern zu verhindern. Die genaue Anzahl der offenen Bearbeitungsfälle wird nachgereicht.

Herr Manthey übergibt dem Straßenverkehrsamt eine Aufstellung aller ihn interessierenden Vorgänge im Gebiet der Stadt Zossen. Das Straßenverkehrsamt wird ihn über den Sachstand (kurzfristig) schriftlich informieren und die Antwort dem Protokoll beifügen.

Frau Dr. Pacholik fragt an, ob bekannt ist, wie lang die Baumaßnahmen an der B 101 noch andauern, weil sich der Verkehr in Großbeeren in der Osdorfer Straße erheblich anstaut.

Darauf antwortet **Frau Hinze**, dass grundsätzlich sämtliche Vollsperrungen, auch mit dem entsprechenden Zeitraum, immer auf der Internetseite des Landesbetriebes Straßenwesen ersichtlich sind. Ihr ist jedoch bekannt, dass hier ursprünglich der 31.10.2018 als Endtermin der Vollsperrung geplant war, es jedoch gerade auf der B 101 noch weitere Baumaßnahmen geben wird, die daran anschließen. Anordnende Behörde für die Straßenbaumaßnahmen ist der Landesbetrieb Straßenwesen.

Herr Jansen geht davon aus, dass dazu sicherlich die Verwaltung Stellung nehmen wird. Die Nachreichung wird von **Herrn Grosenick** bestätigt.

Herr Wolny erklärt, dass die Schutzgemeinschaft der betroffenen Gemeinden zum Flughafen Schönefeld aufgefordert wurde, einen Lärmaktionsplan aufzustellen, und zwar mit dem Teilaspekt „Fluglärm“. Das ergänzt sich sehr gut mit der Informationsvorlage, auch der Landrätin vom letzten Kreistag, wo es um das Positionspapier der Landkreisverwaltung Dahme-Spreewald bzw. Teltow-Fläming geht. Dass das Auswirkungen natürlich für das Umfeld, für die Umfeldgemeinden, hat, möchte **Herr Wolny** hiermit zu Protokoll geben. Die Firma ARKON hat eine Lärmaktionsplanung aufgestellt. Daher fragt **Herr Wolny** an, inwieweit das hier im Landkreis bekannt ist, ob dieses gleichzeitig auch im Landkreis eine Betrachtung erfährt und das Positionspapier der Landkreisverwaltung eingearbeitet werden kann, da es ja nicht nur um Fluglärm, sondern auch um den Arbeitsmarkt im Umfeld des BER geht.

Herr Jansen geht davon aus, dass dazu sicherlich die Verwaltung Stellung nehmen wird. Die Nachreichung wird von **Herrn Grosenick** bestätigt.

Herr Manthey bittet nochmals um eine Aufstellung zu den zuvor benannten Anträgen und hat noch eine Frage zu den 2 Windkraftanlagen, älteres Baujahr, die zwischen Horstfelde und Saalow abgebaut wurden. Er fragt dahingehend an, ob diese befristet genehmigt gewesen sind, ob in der Regel Befristungen für solche Windkraftanlagen eher nicht der Fall sind oder ob die Laufzeit zu Ende gewesen sei. Generell stellt er die Frage, ob Windkraftanlagen befristet genehmigt oder unbefristet genehmigt werden und der Anlagenbetreiber diese prüft oder ob diese nach 25 Jahren zurückgebaut werden.

Herr Jansen plädiert für die Aufnahme der Fragestellung in das Protokoll und verweist dazu auf eine spätere Stellungnahme der Verwaltung.

TOP 6

Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen

Da keine Festlegungen vorhanden sind, erübrigt sich der Tagesordnungspunkt.

TOP 7

Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming

Herr Jansen begrüßt zu diesem Thema Frau Hinze und Herrn Grosenick vom Straßenverkehrsamt, aber auch Herrn Leow von der Polizeiinspektion Teltow-Fläming als Gast.

Herr Leow erläutert anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, welche zusammen mit der von Herrn Grosenick im Ratsinformationssystem einsehbar ist, die jährlich von der Polizei aufzustellende Unfallbilanz mit den verschiedenen Unfallursachen für den Landkreis Teltow-Fläming des Jahres 2017.

Hinsichtlich der Statistik stellt sich für **Frau Dr. Pacholik** die Frage, ob eine gesonderte Auswertung von Zweiradunfällen, also Motorrad- und Mopedfahrer betreffend, und Fußgängern erfolgt, worauf **Herr Leow** bestätigt, dass nach Anfrage eine umfassende Aussagefähigkeit erfolgen kann. **Frau Dr. Pacholik** verweist dahingehend auf das im vergangenen Jahr ums Leben gekommene Kind und einen Mopedfahrer sowie den in diesem Jahr tödlich verunglückten Mopedfahrer. In diesem Zusammenhang verweist **Herr Leow** auf die Aufgabe der Unfallkommission, die u. a. auch prüft, ob sich aus solchen tragischen Ereignissen für die Tätigkeit Arbeitsschwerpunkte ergeben. Er hebt dabei die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Straßenverkehrsbehörde hervor.

Herr Rex betont, dass bei der gesamten Unfallstatistik kein Unterschied zwischen Autobahn und Straße erfolgte und fragt an, ob dazu aussagekräftiges Zahlenmaterial vorliegt. Des Weiteren stellt er die Frage, wieviel dieses Teilnehmer aus dem europäischen Bereich oder aus dem Innenbereich Deutschlands betrifft, die ebenfalls durch **Herrn Leow** beantwortet wird.

Herr Wetzel stellt die Frage, ob der Anstieg der Unfallbilanz bei den Fahrrad-Fahrern auch mit der zunehmenden Mobilisierung mit E-Bikes, Pedelecs u. a. zu tun hat, was zu einem gewissen Teil von **Herrn Leow** bestätigt wird.

Herr Wolny geht davon aus, dass die Zahl der Unfallkommissionen und das Verhalten der Verkehrsteilnehmer auch eine Rolle spielt und dass dieses in die Präventionsarbeit der Polizei eingeht. Seine Frage besteht darin, inwieweit diese auch bei den Gruppen der Jugendlichen bzw. der Senioren stattfindet, ob es dazu entsprechende Veranstaltungen gibt, zu denen die Polizei aufruft. Speziell fragt **Herr Wolny** an, wie es im Detail bei dem Verhalten der LKW-Fahrer aussieht, da man weiß, dass der abbiegende LKW-Verkehr ein Problem darstellt. Er fragt **Herrn Leow**, wie dieser das aus seinen Möglichkeiten aus dem Bereich des Unfallberichtes sieht.

Herr Leow bestätigt, dass die Unfallpräventionsarbeit sowohl im Bereich der Jugendlichen als auch im Bereich der Senioren stattfindet. Bei den Jugendlichen werden im schulischen Rahmen Veranstaltungen zu den Themen „Drogen“ und „Straßenverkehrsordnung allgemein“, bei den Senioren u. a. Verkehrsteilnehmerschulungen, speziell für Ältere, durchgeführt. Hinsichtlich der abbiegenden LKW-Fahrer gab es in diesem Jahr zu diesem

Thema in der Direktion und auch in der Polizeiinspektion Einsatzmaßnahmen, die gezielt die abbiegenden LKW-Fahrer kontrollieren.

Herr Wolny fragt an, ob es sich bei den lokalen Partnern zur Aufklärung um Sozialverbände handelt, was **Herr Leow** bestätigt und daraufhin entgegnet, dass die Sozialverbände u. a. verschiedene Automobilclubs sind.

Anschließend stellt **Herr Grosenick** anhand einer ausführlichen Power-Point-Präsentation die Verkehrssicherheitsarbeit im Landkreis Teltow-Fläming vor. Ziel ist es, bis zum Jahr 2024 die Anzahl der Verkehrsunfälle um 40 % zu reduzieren.

Herr Grosenick hebt hervor, dass in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift der StVO geregelt ist, dass die Polizei, die Straßenverkehrsbehörde und der Straßenbaulastträger eng zusammenzuarbeiten haben. Jedes Bundesland muss dieses in einem Erlass regeln. Das Land Brandenburg hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre, letztmalig 2014, seinen Erlass überarbeitet und die Aufgabenverteilung, die Organisation, die Zuständigkeiten und auch die Leitung dieser Kommission neu geregelt.

Des Weiteren werden von **Herrn Grosenick** die derzeit im Landkreis existierenden Unfallhäufungsstellen näher vorgestellt.

Herr Jansen stellt fest, dass an der L 80, Kемnitz, das Schild „LKW – 30“ steht. Seiner Meinung nach müsste dieses aber 10 m in den Ort hineinragen, da es für die aus dem Wittbrietzener Bereich kommenden LKW-Fahrer nicht gilt. Der Straßenbaulastträger stellt dieses Schild nicht um. **Herr Jansen** fragt an, wieso der Straßenbaulastträger dieses Verkehrszeichen nicht so stellt, dass es für alle Verkehrsteilnehmer gilt. Er erwartet ein Ergebnis, zumal die gute Zusammenarbeit mit dem Straßenbaulastträger zuvor betont wurde.

Weiterhin hebt **Herr Jansen** hervor, dass der schlechte Zustand der Straße L 812 eine Sperrung dieser durch die Polizei herbeiführen müsste.

Herr Grosenick hebt das Problem mit den Zuständigkeiten hervor, nimmt jedoch den Hinweis auf und sichert eine nochmalige Prüfung zu, was auch von **Frau Hinze** bestätigt wird.

Herr Jansen spricht sich dafür aus, die Thematik der Unfallprävention in regelmäßigen Abständen, mindestens 1-mal im Jahr, im Ausschuss zu behandeln.

Herr Wolny bezieht sich auf die letzte Sitzung und fragt an, inwieweit die Hauptverkehrsstraße Glasower Damm in Blankenfelde-Mahlow eine Betrachtung zur Tempo-30-Ausweisung über den Bereich der Schule hinaus erfährt. Es handelt sich hierbei um eine Straße mit Gefälle. Daher ist für ihn interessant, ob dieses möglich ist und ob man sich mit der Gemeinde dazu verständigt hat.

Herr Grosenick teilt mit, dass dieser Fall nochmals geprüft wird, ob die Kriterien erfüllt sind, die für eine Verlängerung sprechen. Sollten diese nicht vorliegen, bleibt die Ausweisung auf die schulische Einrichtung beschränkt.

Herr Jansen erklärt, dass es wünschenswert wäre, wenn bei der Planung von neuen Wohngebieten sowohl das Straßenverkehrsamt als auch die Polizei bezüglich der Straßenführung eingebunden wäre.

TOP 8

Information zur Mobilität im südlichen Teil des Landkreises/ÖPNV - Stellungnahme der Landrätin zur Haushaltsplanung

Herr Jansen erläutert die Gründe, weshalb dieser TOP erneut von ihm auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es ist bekannt, dass Dahme und Luckau zusammen als Schwerpunkt entwickelt werden sollen. Daher muss sich dieses für **Herrn Jansen** auch im ÖPNV in irgendeiner Weise niederschlagen.

Ein Kreistagsbeschluss ist seines Erachtens dazu nicht ausreichend. In der Stellungnahme der Landrätin heißt es „ein integriertes Mobilitätskonzept“, jedoch wurde im Kreistag beschlossen, ein „umfassendes Mobilitätskonzept“ erstellen zu lassen.

Herr Kammer geht auf den Presseartikel der Stadt Zossen vom 28.09.2018 („MAZ“) näher ein. Hier ist eine Richtigstellung erforderlich. Die Formulierung „Wegfall der Linie 701“ in der Information der Landrätin ist in dieser Form nicht richtig. Diese ist auch nach mehrfachem Korrekturlesen dem Fachamt nicht aufgefallen.

Richtigerweise muss die Formulierung lauten: durch „Anpassung der Linie 701“.

Die Linie 701 verkehrte schon immer zwischen Ludwigsfelde und Zossen, Wünsdorf wurde mit dieser Linie nicht angebinden. Die Bedienung der Linie 701 wird nicht eingestellt! Sie fällt dementsprechend auch nicht weg. Fahrten, die nicht durch den PlusBus 714 (entsprechend den förderfähigen Kriterien) abgebildet werden können und insbesondere für die Schülerbeförderung maßgeblich sind, bleiben auf der Linie 701 bestehen. Hier ist u. a. auch geplant, zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 eine Angebotsverbesserung am Nachmittag für die Schüler aus Kerzendorf vorzunehmen.

Ein „Abhängen“ von Wünsdorf ist nicht vorgesehen. Es fallen keine Fahrtenpaare weg. Die Versorgungsfunktion für Wünsdorf hat die Linie 700, welche ebenfalls Bestand hat. Sie ist insbesondere auf die Anschlüsse an die Bahnhöfe Zossen und Wünsdorf-Waldstadt und den Schülerverkehr ausgerichtet.

Zur Frage des **Herrn Jansen** auf den nicht aufgeführten Linienverkehr in der Kreisstadt verweist **Herr Kammer** auf den nächsten Ausschuss, da momentan keine Aussage dazu möglich ist.

Weiterhin spricht **Herr Jansen** die Querungshilfe an, welche der Schulwegsicherung in Hohenseefeld dienen sollte. Bei den Einwohnerinnen und Einwohnern stellt sich die Frage, warum diese bis jetzt nicht baulich umgesetzt wurde.

Herr Grosenick äußert sich dahingehend, dass es nach dem tödlichen Verkehrsunfall einer Mutter in Höhe der Bushaltestelle in Hohenseefeld zahlreiche Gespräche und Beratungen mit dem Landesbetrieb als Träger der Straßenbaulast und der Gemeindeverwaltung gab. Der Landesbetrieb hat damals der Gemeinde 2 Vorschläge unterbreitet, welche von **Herrn Grosenick** näher erläutert werden. Leider muss heute konstatiert werden, dass die beiden dort nicht zusammengekommen sind und der vom Landesbetrieb unterbreitete Vorschlag nicht umgesetzt wurde. Die Straße wurde jetzt saniert. Die weitere Sachlage liegt aus Sicht des Landkreises in der Verantwortung des Landesbetriebes zusammen mit der Gemeinde als Straßenbaulastträger.

Herr Jansen bittet **Herrn Grosenick**, dieser Angelegenheit nochmals nachzugehen.

Herr Manthey bezieht sich auf die letzte Ausschusssitzung vom 04.09.2018, in welcher eine Tischvorlage der Landrätin ausgehändigt wurde. Nunmehr existiert ein weiteres Schreiben mit dem 17.09.2018 als Unterschriftsdatum. Er bittet die Verwaltung darum, die Richtigstellung in der Niederschrift aufzunehmen.

Herr Grosenick verweist darauf, dass die Ausführungen des Herrn Kammer im Protokoll dokumentiert werden und mit der Amtsleitung und mit den Bereichen Gespräche geführt werden, in welcher Art und Weise die Richtigstellung erfolgen soll.

Herr Jansen hält fest, dass bis spätestens zum 08.10.2018 eine Mail ergeht, in der die Berichtigung festgehalten wird.

Herr Rex verweist darauf, dass Rangsdorf mit der Änderung der Linie 618 sozusagen abgehängt wurde. Sein Anliegen besteht hauptsächlich darin, anzufragen, wann eventuell im Bereich des Shuttle-Verkehrs für den BER mit einer Umsteigemöglichkeit im Raum Mahlow zu rechnen sein wird, weil dieses für ihn auch zum ÖPNV gehört.

Weiterhin erklärt **Herr Rex** gegenüber **Herrn Wolny** zur Optimierung des Gemeindeverkehrs Blankenfelde, dass Blankenfelde ein Mittelzentrum geworden ist und somit auch zusätzliche Sonderzuweisungen erhält. Für **Herrn Rex** erschließt sich nicht, warum hier kreisliche Mittel dafür eingesetzt werden.

An die Verwaltung stellt er die Frage, wann mit dem Vorliegen des Mobilitätskonzeptes BER zu rechnen sein wird bzw. bittet um Informationen zum derzeitigen Sachstand.

Herr Jansen entgegnet darauf, dass dazu eine Antwort spätestens mit der nächsten Sitzung erfolgen wird.

Herr Wolny spricht die Handlungsempfehlung zur Optimierung des Gemeindeverkehrs in Blankenfelde-Mahlow an. Es muss dazu auch eine Ausführung getätigt werden, was die Handlung zur Empfehlung beinhaltet, denn für ihn ist eine Optimierung noch längst keine Handlungsempfehlung.

Die weiterhin von **Herrn Wolny** angesprochene Thematik betrifft den PlusBus und die entsprechenden Ausweitungen dazu. Er stellt fest, dass Blankenfelde-Mahlow kein PlusBus-Angebot hat, sondern nur die Linie 600 existiert, die von Teltow-Stadt bis Mahlow fährt, jedoch nicht am Wochenende. Darüber hinaus besteht auch an diesen Tagen kein Angebot von innerstädtischen Bussen, die die Bahnhöfe bedienen.

Frau Hinze verlässt gegen 18:18 Uhr den Kreisausschusssaal.

TOP 9

Aktuelle Investitionsanmeldung 2019 und Folgejahre

Herr Jansen nimmt Bezug auf die am heutigen Tag per E-Mail übersandte Investitionsliste. Er geht davon aus, dass niemand ausreichend Gelegenheit dazu hatte, sich mit dieser auseinanderzusetzen.

Herr Dornquast erläutert detailliert den Aufbau und Inhalt der ausgereichten Listen der Kämmerei. Er geht davon aus, dass die Befassung mit den Einzelpunkten tatsächlich in den Fachausschüssen in Teilen erfolgen sollte. Dieses wurde von den Anwesenden zur Kenntnis genommen.

TOP 10

Verschiedenes

Herr Jansen legt den Ausschussmitgliedern nahe, sich mit der Handlungsweise, bezogen auf den Stellenplan, aus dem vorhergehenden TOP und dem Positionspapier auseinanderzusetzen und verweist auf die bevorstehende Haushaltsplanberatung.

Er teilt mit, dass die nächste Sitzung eventuell in Glashütte stattfinden wird, gibt aber zu bedenken, dass dieses auch später erfolgen kann, da die Haushaltsplanberatungen Priorität haben.

Herr Jansen schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht einen schönen morgigen Feiertag.

Herr Dornquast, Herr Leow und Herr Heller verabschieden sich und verlassen gegen 18:47 Uhr, nach dem öffentlichen Teil der Sitzung, den Kreisausschusssaal.

Nicht öffentlicher Teil

Luckenwalde, den 16. Oktober 2018

Jansen
Vorsitzender

Mehlis
Schriftführerin